

Aarau, 16 Februar 2018

Medienmitteilung zur Berichterstattung in der Aargauer Zeitung zur Studie der AIHK

Keine Entwarnung auf dem Stellenmarkt

Die Aargauer Zeitung berichtet über die Studie der Industrie- und Handelskammer (AIHK), dass es im Kanton Aargau «mehr Stellen und mehr Lohn» gebe als im Vorjahr. Die Arbeitslosenzahlen sprechen dagegen eine andere Sprache. ArbeitAargau als Stimme der Arbeitnehmenden weist auf Schwierigkeiten der MEM-Industrie hin und fordert Gegenmassnahmen.

Arbeitslosenzahlen steigen

Aargauer Medien haben heute unter dem Titel «Endlich gute Aussichten: Mehr Stellen und mehr Lohn im Aargau» über eine Studie der AIHK berichtet. Die Darstellung erweckt einen falschen Eindruck, denn der Industrie im Aargau geht es alles andere als gut. Im Bericht heisst es selbst, dass in den letzten drei Jahren seit dem Frankenschock in der Metallindustrie über 3 Prozent, in der Elektro- und Maschinenindustrie gar über 5 Prozent der Arbeitsplätze verloren gingen.

Die rosigen Prognosen, welche die AIHK dem Standort Aargau zumisst, sind deshalb alles andere als glaubwürdig – zumal sich die AIHK nur auf das letzte Halbjahr 2017 bezieht. Angesichts der grossen Abbaupläne von General Electric kann kaum von «guten Aussichten» für die Arbeitnehmenden gesprochen werden. Auch die statistischen Daten zur Arbeitslosigkeit lassen einen anderen Schluss zu als denjenigen der AIHK. Während die Arbeitslosigkeit seit Mitte 2017 bis Ende des Jahres deutlich gestiegen ist, nahm gleichzeitig die Zahl der offenen Stellen deutlich ab. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist also weiterhin sehr angespannt.

Weitere Massnahmen notwendig

Insbesondere auch die Aussage «mehr Lohn» entbehrt jeglicher Grundlage. Die Formulierung im AIHK-Bericht ist entlarvend. Während bei den Unternehmen von «gut gefüllten Auftragsbüchern» die Rede ist, heisst es zur Lohnentwicklung nur, dass die Arbeitnehmenden allenfalls leicht profitieren dürften. Der Konjunktiv verrät, dass diese Entwicklungsprognose bisher nicht der Realität entspricht.

Die Gewerkschaften fordern deshalb eine Verbesserung des Gesamtarbeitsvertrages in der MEM-Branche. Angepasst werden sollen unter anderem die Mindestlöhne und die Kontrollen und der Vollzug. Weiter soll eine umfassende Industriepolitik 4.0 mit einer Agenda zum digitalen Wandel durchgesetzt werden. Und angesichts der angespannten Situation in der Industrie müssen Massnahmen geprüft werden, um den nach wie vor überbewerteten Franken weiter abzuschwächen. Eine im November 2017 veröffentlichte Studie von Swissmechanic und der Gewerkschaft Unia zeigt weiter, dass nicht nur der starke Franken der MEM-Industrie zusetzt, sondern auch die Schwierigkeiten Investitions- und Liquiditätskredite zu beziehen. Jedem fünften bis achten Betrieb wurde in den letzten Jahren ein Kredit zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit verweigert¹. Es müssen also alternative Finanzierungsformen jenseits von Bankkrediten angedacht werden.

¹ https://www.unia.ch/uploads/tx_news/2017-11-21-Studie-Volkswirtschaftliche-Bedeutung-Problematiken-KMU-Maschinenindustrie-Swissmechanic-Unia.pdf

Bei Fragen steht Ihnen zur Verfügung:

Irène Kälin, Präsidentin ArbeitAargau T. 077 428 43 06, praesidium@arbeitsaargau.ch

Thomas Leuzinger, Bereichsleiter Politik und Kommunikation Unia Aargau und Nordwestschweiz,
T. 079 506 41 63, thomas.leuzinger@unia.ch